

SITZUNG

Sitzungstag:

14.12.2011

Sitzungsort:

Kusel

Namen der Mitglieder des Kreistages

Vorsitzender

Dr. Winfried Hirschberger	
---------------------------	--

Niederschriftführer

KVOR Manfred Drumm	
--------------------	--

SPD

Rudi Agne	
Matthias Bachmann	
Karl-Heinz Becker	
Detlef Bojak	
Jürgen Conrad	TOP 1 entschuldigt
Frieder Haag	
Jürgen Kreisler	
Dr. Oliver Kusch	
Ute Lauer	
Siegmar Leixner	
Klaus Müller	
Erwin Reiber	
Anni Schummel	

CDU

Toni Guhmann	
Xaver Jung	TOP 10 entschuldigt
Michael Kolter	
Christoph Lothschütz	
Karl Marchetti	
Jochen Mayer	
Dr. Leo Reiser	
Dr. Stefan Spitzer	
Josef Weis	

FWG-Fraktion

Ernst Molter	
Siegbert Theiß	
Helmut Weyrich	

Bündnis 90/ Die Grünen

Patricia Altherr	
Dr. Wolfgang Frey	
Andreas Hartenfels	TOP 10 entschuldigt

Wählergruppe Jung Egbert

Egbert Jung	
Heinrich Steinhauer	

FDP

Katharina Büdel	
Peter Matzenbacher	

Die Linke

Robert Drumm	
--------------	--

Kreisbeigeordnete

1. Kreisbeigeordneter Volker Schlegel	
2. Kreisbeigeordneter Otto Rubly	
3. Kreisbeigeordneter Gerhard Kirch	

Verwaltung

Kreisbeschäftigter Dieter Korb	
KVD Susanne Lenhard	
BD Gerhard Mildau	
KVD Ulrike Nagel	
RD Horst-Dieter Schwarz	
KAM Marc Wolf	

Abwesend:

SPD

Andrea Schneider	entschuldigt
Friedrich Wunn	entschuldigt

FWG-Fraktion

Hans Harth	entschuldigt
------------	--------------

Die Linke

Martin Trapp	entschuldigt
--------------	--------------

Tagesordnung

der Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 14.12.2011, um 16:00 Uhr,
im Veranstaltungsraum der Kreissparkasse Kusel (3. OG), Gartenstraße 4, in
Kusel

A) Öffentlicher Teil

1. Einwohnerstunde
2. Vorstellung des Energieberichtes der Kreisverwaltung für das Jahr 2010
3. Jahresabschluss aus dem Bereich Abfallwirtschaft;
hier: Feststellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2010
4. Wirtschaftsplan für die Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2012
5. Eigenbetrieb "Jobcenter Landkreis Kusel"
 - 5.1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Kusel
 - 5.2. Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Jobcenter Landkreis Kusel"
 - 5.3. Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb "Jobcenter Landkreis Kusel" für das Wirtschaftsjahr 2012
6. Satzung des Landkreises Kusel über die Erhebung von Gebühren nach fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften
7. Weiterführung des Kreisprojekts Demographie
8. Anfragen von Fraktionen des Kreistags
9. Informationen

B) Nichtöffentlicher Teil

10. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende eröffnete gegen 15.00 Uhr die 4. Kreistagsitzung in diesem Jahr, die 11. Sitzung der laufenden Legislaturperiode und gleichzeitig die 237. Kreistagsitzung nach dem Kriege.

Nach einleitenden Begrüßungsworten stellte er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Anschließend beantragte der Vorsitzende der Kreistagsfraktion „Die Linke“, Herr Robert Drumm, vor dem Hintergrund der Berichterstattung der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ vom gestrigen Tage, in der dem Vorsitzende vorgeworfen werde, angeblich im Rahmen der Personalversammlung des Jobcenters Landkreis Kusel eine rassistische Äußerung getätigt zu haben, die Erweiterung der Tagesordnung. Danach solle eine Aussprache stattfinden und ein Ausschuss eingerichtet werden, der eine Aufklärung betreibt.

Hierzu erklärte der Vorsitzende, dass es sich hierbei im Grunde um einen Untersuchungsausschuss handele, dessen Einrichtung im Kommunalrecht jedoch nicht vorgesehen sei. Denkbar wäre lediglich ein Antrag auf Akteneinsicht, aber zu dem angesprochenen Vorgang gebe es keine Akten. Der Beratungsgegenstand gehöre nicht zu den Aufgaben des Kreis-

tags und er habe als Vorsitzender folglich das Recht und die Pflicht, diesem Antrag nicht zu entsprechen.

Sodann wurde mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen.

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 34		
TOP: 1	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Einwohnerstunde

Der Vorsitzende erklärte, dass bei der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Fragen bzw. Vorschläge und Anregungen eingegangen seien.

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 2	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Vorstellung des Energieberichtes der Kreisverwaltung für das Jahr 2010

Der Vorsitzende stellte den Energiebericht 2010 vor, der den Mitgliedern des Kreistags vorlag.

Zu Beginn seiner Ausführungen wies er darauf hin, dass sich die Energieverbräuche im Gesamtvergleich gegenüber dem Jahr 2009 deutlich verringert hätten. So habe sich der witterungsbedingte Wärmeverbrauch um 11,34 % verringert und der Stromverbrauch sei um 10,84 % gesunken. Der CO²-Ausstoß sei um 1 % vermindert und lediglich der Wasserbrauch um 5,6 % gestiegen.

Insbesondere sei der Rückgang auf den Abschluss der Generalsanierung des Gymnasiums in Kusel zurückzuführen. Zudem habe die Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH durch die installierten Photovoltaikanlagen 1.691.996 kWh Strom produziert, was der jährlichen Stromversorgung von 490 durchschnittlichen Haushalten im Jahr entspreche. Dadurch sei eine CO²-Einsparung von ca. 955 Tonnen erzielt worden. Über die weiteren Aktivitäten der Gesellschaft zur Gewinnung Erneuerbarer Energien liege eine Anfrage der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vor, die er unter Tagesordnungspunkt 8 (Anfragen von Fraktionen des Kreistags) beantworte. Schließlich dankte er dem Energiebeauftragten, Herrn Norbert Stoffel, für die Erstellung des Energieberichts.

Auf Anfrage von Herrn Helmut Weyrich (FWG) erklärte der Vorsitzende, dass der gestiegene Wasserbrauch in der Zehntscheune auf Burg Lichtenberg auf eine intensivere Nutzung der Räumlichkeiten zurückzuführen sei. Die Steigerung des Verbrauchs im Dienstgebäude sei jedoch nicht nachvollziehbar, zumal die Toiletten teilweise mit wasserlosen Urinalen ausgerüstet seien.

Herr Dr. Wolfgang Frey (Bündnis 90/Die Grünen) lobte den Energiebericht für die übersichtliche Darstellung und regte an, diesen künftig um einen Ausblick für die Zukunft zu erweitern und auch Einsparpotentiale aufzuzeigen. Auf seine Frage zum gesteigerten Energieverbrauch der Kreisvolkshochschule erklärte der Vorsitzende, dass dieser darauf zurückzuführen sei, dass mehr Veranstaltungen in dem Gebäude stattgefunden hätten. Weiterhin zählte der Vorsitzende noch kurz die energetischen Maßnahmen auf, die noch offen seien. Schließlich wies er darauf hin, dass er hinsichtlich des von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ angeregten Projekts zur Erarbeitung eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes mit dem Vorsitzenden und dem Leitenden Planer der Planungsgemeinschaft Westpfalz wegen der Ansiedlung der Aufgabe bei der Planungsgemeinschaft Gespräche geführt habe.

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 34		
TOP: 3	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 34	Dagegen 0	Enthaltung 0

**Jahresabschluss aus dem Bereich Abfallwirtschaft;
hier: Feststellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2010**

Gem. § 57 LKO i. V. m. § 86 Abs. 2 GemO ist die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kusel nach den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) zu verwalten.

Dies bedeutet, dass die Bestimmungen des zweiten Abschnittes der EigAnVO über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen anzuwenden sind. Hiernach hat die Rechnungslegung der Abfallentsorgung nach den Grundsätzen der doppelten kaufmännischen Buchführung zu erfolgen.

Der Abschluss für das Wirtschaftsjahr 2010 wurde von der Verwaltung entsprechend der §§ 22 bis 27 EigAnVO erstellt und von der Mittelrheinischen Treuhand GmbH geprüft. Der nach den kommunalrechtlichen Vorschriften vorgesehene Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt.

Das Wirtschaftsjahr 2010 wurde mit folgender Bilanzsumme abgeschlossen:

Aktiva: 21.267.571,94 €
Passiva: 21.267.571,94 €

Das Jahresergebnis war gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen beeinflusst durch:

- höhere Einnahmen aus der Verwertung von Papier, Pappe, Kartonagen gegenüber dem Vorjahr aufgrund des deutlichen Preisanstieges für Altpapier; Hinweis: im Jahr 2009 gingen im Zuge der Finanzmarktkrise die Papierpreise deutlich zurück und stiegen im 2010 wieder stark an (T€ 350)
- Verringerung der Materialaufwendungen für die Sammlung und Entsorgung des Hausmülls, des Restsperrmülls und der Problemabfälle infolge niedrigerer Mengen (T€ 70)
- Verringerung der Zinsaufwendungen für Kontokorrentkredite und Darlehen von Kreditinstituten aufgrund einer niedrigeren Inanspruchnahme des Kontokorrentkredites und planmäßiger Tilgungen der Darlehen sowie geringerer Zinssätze infolge von Umschuldungen (T€ 148)
- höhere Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Schneeweiderhof, Lauterecken und Waldmohr, welche durch die Einführung des BilMoG und der damit verbundenen notwendigen Abzinsung langfristiger Rückstellungen resultieren (T€ 195)
- Anstieg der Mietaufwendungen u.a. durch die Anmietung eines Ersatzfahrzeuges auf der Deponie Schneeweiderhof sowie eines Teleskopladers (T€ 40)
- höhere Aufwendungen für die Sickerwasserentsorgung durch deutlich höhere Niederschlagsmengen als im Vorjahr (T€ 104)
- höhere mengenabhängige Abschreibungen aufgrund der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen abgelagerten Mengen auf der Deponie Schneeweiderhof (T€ 56)

Danach ergibt sich ein **Jahresgewinn** in der Gewinn- und Verlustrechnung von

736.939,34 €

Entsprechend der LVO über die Prüfung kommunaler Einrichtungen vom 22.07.1991 fand in der Sitzung des Kreisausschusses am 25.11.2011 eine Schlussbesprechung statt, zu der auch der Rechnungshof eingeladen wurde.

Der Jahresabschluss sowie der Prüfungsbericht lag den Mitgliedern des Kreistags vor.

Beschluss:

Der Kreistag stellt gemäß § 27 Abs. II EigAnVO.

- a) den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2010 der Einrichtung "Abfallentsorgung" wie vorgelegt mit der Bilanzsumme

Aktiva:	21.267.571,94 €
Passiva:	21.267.571,94 €

und den Jahresgewinn in Höhe von **736.939,34 €**

fest.

- b) Der Jahresgewinn in Höhe von **736.939,34 €** wird mit dem Verlustvortrag in Höhe von 188.128,54 € verrechnet sowie der darüber hinausgehenden Betrag in Höhe von 548.810,80 € als Gewinnvortrag in das Jahr 2011 übertragen.

Da die Feststellung des Jahresabschlusses auch die Entlastung bezüglich der Jahresrechnung einschließt, nahm der Vorsitzende an der Abstimmung nicht teil.

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39				
		davon anwesend: 35				
TOP: 4	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis				
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dafür</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dagegen</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">35</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	35
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
35	0	0				

Wirtschaftsplan für die Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2012

Den Mitgliedern des Kreistags lag der Entwurf des Wirtschaftsplans für die Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2012 vor.

Der Vorsitzende erklärte, dass sich der geplante Jahresgewinn im Wirtschaftsplan 2012 auf rd. 650.000,- Euro belaufe und sprach nochmals die bereits beschlossene Neukonzeption der Sperrmüllabfuhr sowie die damit verbundenen finanziellen Auswirkung auf den Wirtschaftsplan an. Anschließend erläuterte er eingehend die wesentlichen Veränderungen des Wirtschaftsplans 2012 gegenüber dem Wirtschaftsplan 2011. Insbesondere wies er auf den Mehraufwand bei den Abschreibungen durch die Umstellung der Abschreibungsmethode von einer mengenmäßigen auf eine zeitraumabhängige Abschreibung hin.

Herrn Klaus Müller (SPD), begrüßte die wirtschaftliche Entwicklung der Abfallentsorgungseinrichtung und dass aus diesem Grund derzeit auch keine Gebührenerhöhung angezeigt sei. Nachdem der Vorsitzende noch einige Fragen von Herrn Müller beantwortete, wurde über den Wirtschaftsplan abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, wie von der Verwaltung vorgelegt, den Entwurf zum Wirtschaftsplan über die Abfallentsorgung.

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 5.1	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 35	Dagegen 0	Enthaltung 0

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Kusel

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 26.10.2011 die Errichtung eines Eigenbetriebes für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II beschlossen. Für den Eigenbetrieb ist nach § 57 LKO i.V.m. § 86 Abs. 4 ein Werkausschuss zu bilden. Der Geschäftsführung obliegt die laufende Betriebsführung im Rahmen der Betriebssatzung, die Vertretung des Betriebes nach außen und die Vollziehung von Beschlüssen des Kreistags sowie des Werkausschusses. Die Befugnisse von Werkausschuss und Geschäftsführung sind im Rahmen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung und der kommunalrechtlichen Bestimmungen auszugestalten.

Folglich sind in der Hauptsatzung Regelungen zu treffen, die im Zusammenspiel mit der nach § 57 LKO i.V.m. § 86 Abs. 3 GemO zu erlassenden Betriebssatzung der Klarstellung der Entscheidungsbefugnisse in Werkangelegenheiten dienen. Insbesondere ist gemäß § 2 Abs. 1 EigAnVO i.V.m § 32 Abs. 2 GemO in der Hauptsatzung zu bestimmen, wenn die Entscheidung über die in § 32 Abs. 2 Nr. 11 bis 13 GemO bezeichneten Angelegenheiten bis zu einer bestimmten Wertgrenze dem Werkausschuss übertragen werden soll.

§ 5 Abs. 3 der Hauptsatzung des Landkreises Kusel regelt, welche Aufgaben des Kreistages zur Beschlussfassung dem Kreisausschuss übertragen werden. Hinter dem Aufgabenkatalog des Satzes 1 soll eine Ergänzung eingefügt werden, welche bewirkt, dass in Angelegenheiten des Eigenbetriebs, die Aufgaben des Kreistages nicht an den Kreisausschuss sondern an den Werkausschuss übertragen sind und dieser anstelle des Kreisausschusses entscheidet. Ausgenommen sind die Ziffern 5, 6 und 7 (betrifft die Zustimmung für verschiedene Personalangelegenheiten), Ziffer 10 (betrifft die Beschlussfassung über die Herstellung des Benehmens nach dem Schulgesetz bei der Bestellung von Schulleitern), Ziffer 11 (die Abgabe von Stellungnahmen zu planerischen, raumordnerischen und entsprechenden Angelegenheiten des Kreises) sowie die Ziffer 12 (betrifft die Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen); hier bleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit des Kreisausschusses. Mit der Ergänzung der Hauptsatzung soll klargestellt werden, dass es keine Parallelzuständigkeit zwischen Kreis- und Werkausschuss gibt. Ziel und Zweck dieser Regelung ist es, eine eindeutige Zuständigkeits- und Kompetenzabgrenzung zu schaffen.

§ 6 regelt die Aufgabenübertragung vom Kreistag auf den Landrat. Die vorgesehene Ergänzung hinter dem Aufgabenkatalog des Satzes 1 stellt klar, dass für die Kompetenzen, die der Geschäftsführung nach der Betriebssatzung obliegen, keine Parallelzuständigkeit des Landrates aufgrund der Aufgabenübertragung nach § 6 der Hauptsatzung besteht. Auch mit dieser Regelung sollen eindeutige Zuständigkeiten erreicht werden.

Der Vorsitzend erklärte ergänzend zu der Beschlussvorlage, dass man nicht auf die Einrichtung eines Werkausschusses verzichten und somit die Aufgaben auch nicht ausschließlich vom Kreisausschuss wahrnehmen lassen könne.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 5.2	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 35	Dagegen 0	Enthaltung 0

Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Jobcenter Landkreis Kusel"

Gemäß § 57 LKO i.V.m. § 86 Abs. 3 GemO sind für Eigenbetriebe und die Einrichtungen, die nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung verwaltet werden, Betriebssatzungen zu erlassen. Diese hat insbesondere den Zweck, die Zuständigkeiten zwischen Kreistag, der Geschäftsführung und dem Betriebsausschuss festzulegen und abzugrenzen, den Umfang des Eigenbetriebes zu regeln sowie die Wertgrenzen festzulegen. Der vorgelegte Entwurf orientiert sich, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Regelungen des SGB II, weitgehend an den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung.

Bevor der Vorsitzende die Regelungen der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb eingehend erläuterte, wies er darauf hin, dass die Außenstellen in Lauterecken und Waldmohr erhalten bleiben. Weiterhin habe man Herrn Robert Drumm (Die Linke) im Rahmen über die Beschlussfassung über Aufgabenwahrnehmung als Optionskommune zugesichert, einen Betroffenenbeirat einzurichten und dieser Personenkreis solle nunmehr im Beirat nach § 18 d SGB II entsprechende Berücksichtigung finden. Da § 14 des vorliegenden Entwurfs der Betriebssatzung hierzu keine eindeutige Regelung enthielt, schlug er vor, Absatz 2 dahingehend anzupassen, dass der Beirat aus 12 Mitgliedern besteht und zwei Vertreter von Betroffenen berufen werden, deren Mitgliedschaft endet, wenn diese mehr als ein halbes Jahr keine Leistung bezogen haben. Diese Änderung sollen redaktionell entsprechend eingearbeitet werden. Herr Robert Drumm (Die Linke) bedankte sich, dass erstmals in Rheinland-Pfalz und Saarland ein Landkreis eine solche Regelung aufnehme.

Nachdem Herr Egbert Jung (Wählergruppe Jung Egbert) und Herr Xaver Jung (CDU-Fraktion) kurz zu dem Entwurf Stellung nahmen, wurde über die Angelegenheit abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, unter Berücksichtigung der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Ergänzungen, die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“.

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39				
		davon anwesend: 35				
TOP: 5.3	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis				
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dafür</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dagegen</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">35</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	35
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
35	0	0				

Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb "Jobcenter Landkreis Kusel" für das Wirtschaftsjahr 2012

Den Mitgliedern der Kreistags lag der Entwurf des Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ für das Jahr 2012 vor. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass der Planung in erster Linie die Mittelzuteilung aus Bundesmitteln zugrunde liege. Auch ergebe sich der Personalbedarf aus Betreuungsschlüsselzahlen. Er verwies darauf, dass das Jobcenter Landkreis Kusel einen entscheidenden Anteil daran habe, dass die Arbeitslosen-zahlen zum Teil unter den Landesdurchschnitt gefallen seien.

Anschließend ging er auf die Personalsituation beim Jobcenter Landkreis Kusel und nahm an dieser Stelle nochmals ausführlich zu den Vorwürfen in dem anonymen Brief Stellung und widersprach, auch ausdrücklich im Namen der Personalratsvorsitzenden der Kreisverwaltung, dem Vorwurf, dass unter den Mitarbeitern Angst herrsche. Anschließend ging er auf die Problematik im Zusammenhang mit dem Personalübergang ein und erläuterte, dass die Mitarbeiter der Bundesagentur kraft Gesetzes in den Dienst des Landkreises übertreten würden. Um die Personalverantwortung in einer Hand zu haben, sollten auch alle übrigen Bediensteten Mitarbeiter des Landkreises sein. Die Regelung, dass die Bediensteten bei Beendigung der Trägerschaft des kommunalen Trägers wiederum kraft Gesetzes in den Dienst der Bundesagentur übertreten, halte er für verfassungswidrig und stelle verständlicherweise ein Hindernis für die Mitarbeiter dar. Aus diesem Grund solle in der heutigen Sitzung auch noch nicht über den Stellenplan sondern nur über den Erfolgsplan und den Vermögensplan abgestimmt werden, wobei die Stellen für den Geschäftsführer (E 14) und den Stellvertreter (E 12) sowie für die Juristin (A 15) bereits eingerichtet werden sollen. Weiterhin sprach er an, dass der Werkleiter nach der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung hauptamtlicher Bediensteter des Landkreises sein müsse. Die Beschlussfassung über die übrigen Stellen solle bis zur nächsten Kreistagssitzung vertagt werden. Anschließend gab der designierte Geschäftsführer, Herr Erich Königstein, noch einige Erläuterungen zum Wirtschaftsplan.

Herr Klaus Müller (SPD) stellte, weil dies in der Öffentlichkeit gelegentlich falsch dargestellt werde, nochmals klar, dass die Bediensteten, unabhängig davon, ob die Aufgaben als Abteilung wahrgenommen werden oder hierfür ein Eigenbetrieb einrichtet werde, Bedienstete des Landkreises seien und sich an dem grundsätzlichen Status dadurch nichts ändere.

Nachfolgend wurde über die Angelegenheit, wie vom Vorsitzenden vorgeschlagen, abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Erfolgsplan und den Vermögensplan für den Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ für das Wirtschaftsjahr 2012 sowie die Einrichtung der Stellen für den Geschäftsführer (E 14), den stellvertretenden Geschäftsführer (E 12) sowie die Juristin (A 15).

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 6	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 31	Dagegen 0	Enthaltung 4

Satzung des Landkreises Kusel über die Erhebung von Gebühren nach fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften

Zwischenzeitlich ist das Landesgesetz zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandsrechts im Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz veröffentlicht worden. Damit liegt nunmehr eine Ermächtigungsnorm für den Erlass kommunaler Satzungen vor. Der Landkreistag hat hierzu eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die ein Satzungsmuster erarbeitet hat. Dieses Satzungsmuster ist Grundlage der hier vorgelegten Satzung.

Die Gebührenhöhe wurde unter Berücksichtigung der geänderten Rechtslage und der Betriebsstruktur im Landkreis Kusel neu kalkuliert.

Der zuständige Dezernatsbeauftragte, Herr Horst-Dieter Schwarz, erklärte, dass mit dieser Satzung EU-Recht umgesetzt werde und erläuterte kurz die Gründe, die zu den Gebührenunterschieden zwischen Großbetrieben und Hausschlachtungen geführt haben. Eine Quersubventionierung sei jedoch nicht zulässig und das Gebührenrecht lasse hier keine andere Wahl.

Herr Dr. Wolfgang Frey kündigte für seine Fraktion an, dass man sich bei der Beschlussfassung „aktiv“ enthalten wolle, da die Regelungen zum einen den Grundsätzen seiner Fraktion widerspreche, man aber gleichzeitig keine Regelung treffen wolle, die rechtsfehlerhaft seien.

Für die FGW-Fraktion sprach Herr Helmut Weyrich. Er kritisierte, insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, dass die Erhöhung der Gebühren für Hausschlachtungen letztlich auch zu Lasten der Nahversorgung gehe.

Auf die Anfrage von Frau Katharina Büdel (FDP), ob man hierzu keine Resolution formulieren solle, erklärte der Vorsitzende, dass er bevorzugen würde, wenn man hierzu den Weg unmittelbar über die Europaabgeordneten gehe, damit nicht der Eindruck entstehe, es handle sich um ein regionales Problem.

Nachfolgend wurde über den Entwurf der Satzung, wie von der Verwaltung vorgelegt, abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren nach fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften in der vorgelegten Fassung.

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39 davon anwesend: 35				
TOP: 7	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis				
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%;">Dafür</td> <td style="width: 33%;">Dagegen</td> <td style="width: 33%;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">35</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	35
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
35	0	0				

Weiterführung des Kreisprojekts Demographie

Nachdem der Landkreis Kusel, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen, eine Demographiekonzeption in Auftrag gegeben wurde, soll auf Basis dieser Studie die Arbeit fortgesetzt werden.

Im Rahmen der Studie wurden neben der Erfassung der demographischen Grundstruktur und dem Benennen von Handlungsfeldern, welche sich aufgrund der übergemeindlichen Strukturen im Landkreis Kusel ableiten lassen, auch Untersuchungen in ausgewählten Gemeinden des Landkreises durchgeführt. In allen Modellgemeinden wurden, angelehnt an erprobte Methoden der Dorferneuerung, bestimmte Arbeitsfelder definiert, in denen dann verschiedene Schwerpunkte diskutiert und schließlich Handlungsfelder festgelegt wurden.

Die Bearbeitung in den acht Modellgemeinden im Norden des Landkreises (Grumbach, Herren-Sulzbach, Homberg, Hoppstädten, Kappeln, Langweiler, Merzweiler, Unterjeckenbach) erfolgte unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Zusammenarbeit. Diese Modellregion wurde inzwischen um die Ortsgemeinden Buborn, Deimberg, Hausweiler und Kirrweiler erweitert, welche die historischen Abmessungen der alten Kirchgemeinde Grumbach und Herren-Sulzbach darstellt. Um die interkommunalen Kooperationsbereiche und gemeinsamen Ziele weiter zu verfolgen, welche auf Dauer nicht von einer Ortsgemeinde alleine bewältigt werden können, soll ein Modellvorhaben „Regionalmanagement „Die 12““ initiiert werden, welches die partizipatorische Entwicklung und Umsetzung interkommunaler Entwicklungsleitbilder unter der besonderen Berücksichtigung des demographischen Wandels zum Ziel hat.

Das Projekt soll dabei über einen Zeitraum von zwei Jahren durch eine zielgerichtete Moderation vom Lehrstuhl für Siedlungsgestaltung und ländliche Bauwerke (LB) der Universität Rostock unter Projektleitung von Herrn Prof. Dr.-Ing. Henning Bombeck begleitet werden, welche bereits das Coaching des bisherigen Prozesses übernommen hatte. Gleichwohl hat sich auch die Arbeit in den Arbeitskreisen der Modellgemeinde Bedesbach gut entwickelt und soll daher weiter begleitet werden. Die dritte Modellgemeinde Krottelbach nimmt die Erkenntnisse der Studie in ihre Dorfentwicklung auf. Außerdem soll auch der Dialog mit den Planern des Landkreises Kusel zum Thema „demographischer Wandel“ fortgesetzt werden. Mit dem Modellvorhaben soll das Betreuungsprojekt mit der Universität Rostock zum Abschluss gebracht werden.

Folgende Kooperationsziele und Projekte wurden seitens der Nordgemeinden vorab formuliert, die im noch folgenden Abstimmungs- und Diskussionsprozess genauer definiert und den Rahmen kommender Initiativen und Arbeitsfelder bieten:

- **Soziale Aktivitäten/Soziale Projekte**
(z.B. Stärkung und Stimulation sozialen Engagements im Verbund der Gemeinden, Flexibilisierung und „Verjüngung“ des Vereinsangebotes ((neue Zielgruppe 60+), Optimierung von Vereinsführungen und –organisation durch Weiterbildung und regionale Zusammenschlüsse)

- **Entwicklung einer lokalen Identität/ Sport und Freizeitgestaltung**
(z.B. „Spiel ohne Grenzen – Spielen mit Jung und Alt“ – Organisation eines Freizeit- und Kennenlernprogramms rotierend durch die Gemeinden, kulinarische Wanderungen durch die Gemeinden, Sammeln historischer Rezepte in einem regionalen Kochbuch, Gala Dinner der Region/ rotierende Festveranstaltungen in den Dörfern (in Anlehnung an die kulinarische Landstraße Kulturfestivals mit Künstlern der Region, Freilichttheater „Die rollende Bühne“, Kooperation bestehender Spielgruppen, Konzeption gemeinsamer Theaterprogramme, Gründung gemeinsamer Vereine: Erhaltung des Brauchtums und des dörflichen Lebens, Organisation eines gemeindeübergreifenden Aktionstages „Kunst im Leerstand“, Organisation und Durchführung gemeinsamer Feste (Kerwetradition) in den Dörfern, die diese nicht alleine aufrecht erhalten konnten)
- **Miteinander der Generationen**
(z.B. Optimierung und ggf. Ergänzung des Angebotes mobiler Versorgungsdienste; Adaptierung des Angebotes an die Bedürfnisse einer älter werdenden Kundschaft; Kommunikation zusätzlicher Serviceleistungen (z.B. Lieferservice)
- **Entwicklung eines abgestimmten Angebotes für Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren** (z.B. Organisation und Bereitstellen von Mobilitätssystemen für die Jugend, Organisation und Durchführung von Angeboten von Hausaufgaben und Hortbetreuung in alten Schulgebäuden/ Dorfgemeinschaftshäusern (z.B. in Grumbach/ Hoppstädten))
- **kommunalpolitische Kooperationsabsichten, -erwartungen und –ziele**
(z.B. Entwicklung von Strategien mit dem Ziel, eine gemeindeübergreifende Dorfentwicklung/ Dorferneuerung zu etablieren, Energiewende „Die Zwölf“: Anschließen eines Umdenkprozesses - Kommunen als Motoren und Betreiber alternativer, dezentraler Energiegewinnungssysteme. Gemeinsame Standortfindung und Initialisierung von z.B. Wind- oder Biomasseenergiegewinnung in einem Win-Win Modell aller beteiligten Gemeinden, Entwicklung einer Strategie zur Ansiedlung von Betrieben und Unternehmen. Gemeinsames Ermitteln vorhandener Stärken und Schwächen in der Wirtschaftskraft der Region und Definition gemeinsamer Entwicklungsziele unter besonderer Ausnutzung endogener Potentiale)
- **Konkrete Projektziele bis dato**
(z.B. Wege als „verbindendes Element; Reaktivierung bestehender Kirchwegtrassen: Recherche, Herrichtung, ggf. Sanierung, Ausschilderung, Ausstattung und Aufbereitung eines touristisch nutzbaren Themenweges, Entwicklung weiterer Themenwege im Gebiet der Gemeinden; z.B. BaukulTour (Thema Siedlungs- und Gebäudestrukturen), Milchstraße (Thema Landwirtschaft und Kulturlandschaft), Walk of Fame (Themenweg Kultur und Kunst, Landart), Krötenwanderung (Themenweg Biotope und Naturschutz), Römerstraße (Historienweg), Sammlung, Aufarbeitung und Darreichung des regionalen Angebotes an Gebäudeerständen in bestehenden oder noch zu entwickelnden Strukturen wie Gebäudebörsen und sonstigen Vermarktungsmedien, Entwicklung einer gemeinsamen Strategie in der Beseitigung abbruchreifer Häuser; Altmaterialbörse, Recyclingstation, Entsorgung)

Die im Rahmen des durchzuführenden Regionalmanagement gesammelten Erfahrungen fließen anschließend in Methoden- und Strategieempfehlungen ein, die andere Gemeinden im Kreisgebiet auf ihrem Weg zu freiwilliger interkommunaler Kooperation unterstützen. Mit einer erfolgreichen kleinräumigen Regionalentwicklung liefert der Kreis „Der 12“ Beispiel und Anreiz, auch an anderer Stelle Kooperation nicht nur auf administrativer Ebene zu intensivieren.

Für das Modellvorhaben ist ein Kostenrahmen in Höhe von rd. 118.000,- Euro vorgesehen. Die betroffenen Ortsgemeinden erbringen einen Gesamtanteil in Höhe von 10.000,- Euro. Im Rahmen des Leader-Förderprogramms wurde eine Förderung in Höhe von 55 % der Gesamtkosten (ohne Mehrwertsteuer) in Aussicht gestellt. Die erforderlichen Haushaltsmittel sollen im Rahmen des Kreishaushaltes 2012 und 2013 jeweils hälftig zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Entscheidung über die Weiterführung des Kreisprojekts in der letzten Sitzung zurückgestellt worden sei und deshalb heute über die Angelegenheit beschlossen werden solle, wenngleich er bezüglich der Demographiestudie etwas Kritik vernommen habe. Hinsichtlich des Modellvorhabens „Die 12“ habe, nachdem hier hinsichtlich der finanziellen Beteiligung noch etwas Unsicherheit geherrscht habe, der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Lauterecken, Herr Egbert Jung, sich schriftlich an ihn gewandt und mitgeteilt, dass die beteiligten Ortsgemeinden ihre Bereitschaft bekräftigt hätten, an dem Projekt teilzunehmen.

Herr Xaver Jung (CDU) bestätigte diesen Eindruck und erklärte, dass der Bericht in der Tat inhaltlich etwas dünn sei. Außerdem könne man die finanziellen Mittel eigentlich auch an anderer Stelle gut gebrauchen. Die CDU-Fraktion habe das Begleitgremium Demographiekonzeption mitinitiiert und er schlage deshalb vor, dass dieses Gremium konkrete Aufgabenbereiche für die Fortsetzung des Projekts vorgibt.

Der Vorsitzende erklärte hierzu, dass dieser Vorschlag selbstverständlich aufgegriffen werde und dass das Begleitgremium folglich entsprechende Aufgabenbereiche definieren soll.

Für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ nahm der Fraktionsvorsitzende, Herr Andreas Hartenfels Stellung. Nachdem auf seine Initiative hin in der letzten Sitzung die Entscheidung vertagt worden sei, damit man den Bericht intensiv studieren könne, erklärte er, dass er sich insgesamt eine präzisere Art der Darstellung gewünscht hätte. Auch inhaltlich sehe er zum Teil deutliche Schwächen und er hoffe, dass man mit Unterstützung des Begleitgremiums bei der Weiterführung des Kreisprojekts zu besseren Ergebnissen komme. Ausdrücklich begrüßte er die Projektidee „Schule des Ehrenamtes“ und die interkommunale Zusammenarbeit der Modellregion im Nordkreis, welche nunmehr als „Die 12“ fortgeführt werden soll. Diese sei wohl bundesweit einmalig und ausgesprochen innovativ. Dennoch halte er es für wichtig, die Universität Kaiserslautern in die Prozesse zumindest mit einzubinden. Im Übrigen stimme seine Fraktion wegen der Bedeutung des Themas der Fortführung des Kreisprojekts und der Beauftragung der Universität Rostock zu.

Nachdem der Vorsitzende auch die Einbindung der Universität Kaiserslautern zusicherte nahm Herr Siegbert Theiß für die FWG-Fraktion Stellung. Er bemängelte, dass in dem Bericht viele Wiederholungen seien. Erfreulich sei, dass in den Nordgemeinden eine gewisse Sensibilität für das Thema entstanden sei und man deshalb die Arbeit fortführen solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte der Vorsitzende den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung, dass die Universität Kaiserslautern eingebunden werde und der Begleitausschuss Demographiekonzeption Aufgabenbereiche definiere, zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Fortsetzung des Kreisprojekts Demographie zu und beauftragt die Universität Rostock mit dem Modellvorhaben „Regionalmanagement „Die 12““. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushalt 2012 bzw. 2013 einzuplanen.

Die Universität Kaiserslautern soll in die Fortsetzung des Projekts eingebunden werden und das Begleitgremium Demographiekonzeption konkrete Aufgabenbereiche definieren. |

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 8	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Anfragen von Fraktionen des Kreistags

Den Mitgliedern des Kreistags war eine Anfrage der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ ausgeteilt, die der Vorsitzende in der Sitzung inhaltlich im Wesentlichen wie folgt beantwortete:

Wie ist der Stand der Planungen zur Gewinnung Erneuerbarer Energien durch die Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH? Gibt es neue Standorte und welche Anlagen sind dort vorgesehen?

Im Bereich Fotovoltaik plant die Gesellschaft im Jahr 2012 eine weitere Anlage mit einer Leistung von rd. 115 kWp auf dem Dach der Sporthalle des Schulzentrums in Schönenberg-Kbg. zu installieren.

Im Bereich Windkraft hat sich die Gesellschaft zusammen mit der Pfalzwerke AG in diesem Jahr darum bemüht, Grundstücke in den sogenannten „ausschlussfreien Gebieten“ zu gewinnen. Hierzu wurden Gespräche mit mehreren Gemeinden im Bereich der Verbandsgemeinden Kusel, Glan-Münchweiler und Lauterecken geführt.

Bislang konnten Gestattungsverträge mit den Gemeinden Albessen und Pfeffelbach sowie einem privaten Grundstückseigentümer im Bereich der Verbandsgemeinde Kusel abgeschlossen werden. Soweit die Verbandsgemeinde mit der Fortschreibung ihres Flächennutzungsplans die planungsrechtlichen Voraussetzungen schafft, sollen dort bis spätestens 2013 bis zu 6 Windkraftanlagen gebaut werden. Bei einer Leistung von ca. 3,0 MW je Anlage könnten somit insgesamt 18 MW installiert werden.

Die übrigen Gemeinden beabsichtigen erst Anfang des Jahres 2012 über die vorliegenden Angebote zu entscheiden.

Weiterhin informierte der Vorsitzende, dass seitens der Regionalvertretung der Regionale Raumordnungsplan nach dem aktuellen landesrechtlichen Stand beschlossen worden sei, mit der Maßgabe, dass man, sobald die Fortschreibung des LEP IV in Kraft tritt und dann die Ausweisung von Flächen für die Errichtung von Windkraftanlagen verstärkt möglich ist, den Raumordnungsplan erneut fortschreibe. Außerdem sprach er die Planungen der Neuen Energie Pfälzer Bergland an, den Kommunen Beteiligungen an Windkraftprojekten im Landkreis Kusel anzubieten und erläuterte das Vorhaben.

Kreistags-Sitzung am 14.12.2011 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 9	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Informationen

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende die Mitglieder des Kreistages über folgende Themen:

- **Stellungnahme des Vorsitzenden zu den Vorwürfen des anonymen Briefes**

Der Vorsitzende erklärte, dass er gegen die Vorwürfe in dem anonymen Brief rechtlichen Schutz in Anspruch nehmen wolle und er seinen allgemeinen Vertreter, den 1. Kreisbeigeordneten Volker Schlegel, als seinen Dienstvorgesetzten gebeten habe, ihm juristischen Beistand zu gewähren. U.a. habe sich ein Mitarbeiter des Jobcenters, der bei der besagten Personalversammlung anwesend war, Herr Michael Becker, schriftlich an ihn gewandt und in dem Schreiben versichert, dass ihm die Äußerungen nicht in Erinnerung seien. Er verlas dieses Schreiben sowie den anonymen Brief und nahm zu den einzelnen Vorwürfen sowie zu Fragen der Kreistagsmitglieder Stellung. Insgesamt gehe es bei dem anonymen Brief nicht nur darum, ihm rassistische Äußerungen vorzuwerfen, sondern es stecke vielmehr auch eine politische Absicht dahinter.

Ferner erklärte er in diesem Zusammenhang, dass er, weil er gespürt habe, dass die Diskussion um das Thema Zuwanderung immer brisanter werde, den Anstoß dafür gegeben habe, dies zum Leitthema des diesjährigen Westrichkalenders zu machen und er selbst einen Artikel hierzu beige-steuert habe, aus dem er einen Auszug verlas.

- **Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts**

Hierzu war den Mitgliedern des Kreistags ein Beschluss mit der entsprechenden Begründung des Bundesrats ausgeteilt, wonach der Vermittlungsausschuss zu dem vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschaft- und Abfallrechts einberufen wird.

- **Reaktionen zur Resolution zur Schließung des Bundeswehrstandorts Kusel**

Anschließend informierte der Vorsitzende, dass er mehrere Reaktionen zur Schließung des Bundeswehrstandorts Kusel erhalten habe, welche u.a. auch die Freigabe der bundeseigenen Privatstraße zum Gegenstand haben, und diese den Kreistagsmitgliedern ausgeteilt seien.

- **Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH**

Weiterhin lag den Mitgliedern des Kreistags eine Übersicht über die Stromeinspeisung der Fotovoltaikanlagen der Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH vor.

- **Übersichten der Fachzeitschrift „Der Landkreis“**

Des Weiteren lagen den Kreistagsmitgliedern Übersichten aus der Fachzeitschrift „Der Landkreis“ vor.

- **Sitzungstermin**

Schließlich teilte er mit, dass die nächste Sitzung des Kreisausschusses am Montag, dem 16.01.2012, stattfindet. Weitere Sitzungen seien noch nicht terminiert.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die vom Vorsitzenden vorgetragene Informationen zur Kenntnis.

Die Sitzung begann um 16:00 Uhr und endete gegen 18:10 Uhr.

Geschlossen:

Der Vorsitzende:

gez.
(Dr. Winfried Hirschberger)
Landrat

Der Schriftführer:

gez.
(Manfred Drumm)
Kreisverwaltungsoberrat